

ne MiG-19 (Pilot Wu Ronggen) und am 7. August dieses Jahres eine MiG-21 (Pilot Sun Tianqin). Alle Piloten wurden von Taiwan aus Südkorea abgeholt. Wang Xuecheng ist also der neunte desertierte Pilot der VR China, der sich jetzt in Taiwan befindet.

Für desertierte Flugzeuge oder Schiffe der chinesischen Kommunisten setzt die taiwanesishe Regierung je nach dem Wert der Maschine hohe Belohnungen aus. Auch die Piloten, die über Südkorea nach Taiwan gelangten und deren Flugzeuge von den Koreanern zurückgehalten wurden, haben in Taiwan eine Fluchtprämie erhalten. Für seine MiG-17 wurde der zuletzt geflohene Deserteur am 1. Dez. mit 3.000 Tael Gold (1 Tael=50 g) belohnt. Nach seiner Erzählung stammte er aus einer Familie der sogenannten "Hongwulei" (fünf roten Kategorien). Sein Großvater, der während der Kulturrevolution starb, war ein vorbildlicher Kommunist und Arbeiter. Sein Vater ist Chefingenieur an einem Forschungsinstitut für Verkehrswissenschaft. In zwei veröffentlichten schriftlichen Erklärungen, die er noch vor seiner Flucht aufgeschrieben und nach Taiwan mitgebracht hatte, richtete Wang scharfe Kritik gegen das totalitäre System der Kommunisten und die ununterbrochenen Machtkämpfe und politischen Bewegungen auf dem chinesischen Festland einschließlich der laufenden Berichtigungskampagne der KPCh. Wie alle seine Vorgänger bekräftigte er vor der Öffentlichkeit, daß er nicht wegen der Prämie, sondern wegen der Freiheit vom chinesischen Festland geflüchtet sei, aber wie die anderen hat auch er die hohe Belohnung nicht abgelehnt. Infolge der zunehmenden Zahlen von Flugzeugdeserteuren vom chinesischen Festland in letzter Zeit hat man sich in Parlament und in der Öffentlichkeit auf der Insel die Frage gestellt, ob die Fluchtprämie abgeschafft werden soll. Denn, so die Argumentation, sie stellt nicht nur eine finanzielle Belastung für die Regierung dar, sondern überschattet auch die Motivation der Deserteure, nach Freiheit zu streben. Die Regierung bleibt aber bei ihrer "Köderpolitik". Der Direktor des Wirtschaftsseminars an der nationalen Chengzhi (Politik)-Universität, Lu Minren, hat ausgerechnet, daß eine MiG-17 z.B. 140 Mio. NT\$ (40 NT\$=1 US\$) koste und damit viel mehr wert sei als die entsprechende Prämie von 3.000 Tael Gold (umgerechnet 60 Mio. NT\$). Der Wirtschaftsexperte hat bei seiner Kalkulation offenbar von den Kosten einer neuen MiG-17 gesprochen. Eine

alte Maschine ist vermutlich nicht so viel wert, und überdies kann man für militärische Zwecke ohne die benötigten Ersatzteile mit einer alten Maschine auch nicht mehr viel anfangen. Darüber hinaus hat die Regierung, wie oben schon erwähnt, denjenigen desertierten Piloten ebenfalls hohe Prämien gezahlt, die ihre Maschinen in Südkorea zurücklassen mußten.

Richtig ist bei der Sache natürlich die politische Bedeutung und die propagandistische Wirkung. Durch die massiven Presseberichte wurde jedesmal bei der Flucht eines Flugzeugs von drüben eine große Euphorie bei der Gesellschaft auf der Insel ausgelöst, die die Hoffnung eines baldigen Zerfalls des kommunistischen Regimes in Beijing und einer Rückkehr der Guomindang (Kuomintang) nach Nanking (Nanking) wieder belebt. Aber auch hier läßt sich die Kehrseite der Medaille nicht übersehen, daß die "Vergoldung" von Überläufern auch die eigenen Piloten dazu inspirieren könnte, den gleichen Weg zum Reichtum zu wagen. Beijing setzt ebenfalls hohe Fluchtprämien für Offiziere der Guomindang-Regierung in Taiwan aus. Es sind auch schon einige Flugzeuge von Taiwan aus auf das chinesische Festland geflüchtet. Noch im letzten April hat der Pilot einer Propelleraufklärungsmaschine des Heeres von Taiwan Fahnenflucht begangen. Li Dawei (33) hat von der Regierung in Beijing eine Belohnung von 150.000 RMB Yuan (gemäß der Parität seinerzeit rund 75.000 US\$) erhalten. Vor ihm war ein Pilot der taiwanesischen Luftwaffe, Huang Zhicheng, für die Flucht mit einem modernen militärischen Düsenflugzeug vom Typ F-5E am 8. Aug. 1981 mit 650.000 RMB Yuan belohnt worden. Auch diese beiden haben für ihre Flucht nicht die Prämie, sondern patriotische Gründe als Motivation angegeben (s. C.a. Aug. 81, S. 500, Ü 39 u. April 1983, S. 235, Ü 50).

Neben den finanziellen Belohnungen wurden auf beiden Seiten die Deserteure befördert und in die jeweils eigene Luftwaffe aufgenommen. Bloß dürfen sie alle offenbar kein Flugzeug mehr fliegen. Wenn man genug Geld hat, ist auch ein Flugverbot für einen Piloten sicher nicht mehr so tragisch. -ni-

HONG KONG UND MACAU

(49)

"Kleine Verfassung" für Hong Kong geplant

Am 14. und 15. November wurde in Beijing die sechste Runde der zweiten Etappe britisch-chinesi-

scher Verhandlungen über die Zukunft Hong Kongs abgehalten. In dem von beiden Seiten abgegebenen gleichen Pressecommuniqué ist wieder von "nützlichen und konstruktiven" Gesprächen die Rede. Dazu wurde der Termin der nächsten Gesprächsrunde für den 7. und 8. Dezember 1983 bekanntgegeben. Kurz vor dem Beginn des letzten Gesprächs hat der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Qi Huaiyuan, am 9. November vor der Presse nochmals bekräftigt, daß China spätestens im September 1984 ein politisches Programm für Hong Kong bekanntmachen werde, wenn auch bis dahin keine Vereinbarung mit Großbritannien erzielt werden könne. Dagegen erklärte die britische Regierung am gleichen Tag, daß sie sich die Verhandlungen nicht aufdrängen lasse. "Wichtig ist es", so sagte der Sprecher des britischen Außenministeriums gegenüber Reuter, "ein entsprechendes Programm zu erarbeiten, nicht aber, die Sache übereilt zu behandeln". Zu der Frage, ob die Verhandlung zu langsam sei, antwortete dieser: "Wir bemühen uns gerade, die Verhandlung zu beschleunigen" (DGB, 11.11.83)

Am gleichen Tag, als die genannte sechste Verhandlungsrunde am 15. November zu Ende war, sagte der Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hong Kong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat, Ji Pengfei, zu einer Delegation aus "New Territories" von Hong Kong, daß China ein Grundgesetz für Hongkong entwerfen werde. Dieses Gesetz, das ein Anhang des Art. 31 (über Errichtung von der Sonderverwaltungszone) der chinesischen Verfassung sein solle, wurde von ihm auch als eine "kleine Verfassung" für Hong Kong bezeichnet. Es werde, so Ji Pengfei, garantieren, das jetzige Grundsystem Hong Kongs innerhalb 50 Jahre nach 1997 nicht zu verändern. Beim Entwurf dieses Gesetzes werde die chinesische Regierung zunächst die Meinungen der Einwohner Hong Kongs befragen und dann zur Beschließung dem Nationalen Volkskongreß vorlegen (DGB, 17.11.83). Bei einem anderen Gespräch mit einer Gruppe von führenden Industrie- und Handelsunternehmern aus Hong Kong hat Ji am 21. November die geplante "kleine Verfassung" für Hong Kong wiederholt. Ferner betonte er, die Verhandlung über Hong Kong werde sich nicht in die Länge ziehen, und er erwarte, noch vor dem September 1984 ein voll zufriedenstellendes Ergebnis erreichen zu können (DGB, 23.11.83). -ni-